



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 03.07.2026

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 6. Juli 2026

Fokusthemen: **Geschäfts-, Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds, vier Wahlgeschäften und der Bewilligung zweier Nachtragskredite eine längere Debatte über den Geschäftsbericht des Regierungsrates führen. Danach wird über den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle und den Geschäftsbericht der GVZ diskutiert. Sollte vor dem Mittag noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat mit der Notstandsgesetzgebung beschäftigen.

Die Sitzung am Nachmittag beginnt mit den Rechenschaftsberichten der obersten kantonalen Gerichte. Anschliessend wird ein Postulat zu politischen Rechten als erledigt abgeschrieben, ein Bericht zur Wirksamkeit des Finanzausgleichs zur Kenntnis genommen und eine Änderung des GOG diskutiert werden.

Nachtragskredite für Geschäftsverwaltungslösung und Datenplattform sollen bewilligt werden

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, zwei Nachtragskredite zu bewilligen ([6093](#)). Der erste betrifft einen Kredit von 11,330 Millionen Franken für die Einführung einer neuen Geschäftsverwaltungslösung der Justizbehörden («Helium»), die sich gemäss Direktion der Justiz und des Innern (JI) im Zeit- und Kostenplan befindet. Der zweite Nachtragskredit umfasst 1,452 Millionen Franken für den Aufbau und Betrieb einer kantonalen Datenplattform. Nach Auskunft der Finanzdirektion (FD) basiert der Entscheid für eine Cloud-Lösung nicht auf einem isolierten Kostenvergleich, sondern auf einer Gesamtbeurteilung von Wirtschaftlichkeit, Funktionalität, Umsetzbarkeit und zeitlicher Dringlichkeit. Sie ermöglicht es, die priorisierten Anwendungsfälle zeitnah bereitzustellen und den weiteren Ausbau der Datenplattform schrittweise und risikoorientiert voranzutreiben. Mit einem am letzten Montag eingereichten Antrag fordern zwei Mitglieder der GLP, den Nachtragskredit für das Projekt «Helium» in der JI abzulehnen. Der Antrag wird damit begründet, dass es verpasst worden sei, eine bereits beschlossene Ausgabe ins Budget 2026 aufzunehmen, und dies nicht nachträglich korrigiert werden soll.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Minderheit GLP: Daniela Sun-Güller (GLP, Zürich), 079 378 53 36

Geschäftsbericht des Regierungsrates 2025 soll genehmigt werden

Ausführlich diskutiert werden dürfte erfahrungsgemäss der Geschäftsbericht des Regierungsrates ([6087](#)); dies, obschon alle Fraktionen in der Finanzkommission (FIKO), der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Justizkommission (JUKO) dem Kantonsrat die Genehmigung des Berichts beantragen. Die FIKO stellt der Rechnungslegung des Kantons insgesamt ein gutes Zeugnis aus. Die GPK begrüsst insbesondere die verbesserte politikbereichsübergreifende Berichterstattung des Regierungsrates. Umstritten ist einzig die beantragte Abschreibung der Motion betreffend «Stopp Pflexit, Hopp Kanton Zürich» (KR-Nr. 78/2022). Während die Kommissionsmehrheit den Antrag des Regierungsrates unterstützt, lehnt ihn eine Minderheit ab, weil sie bei der Umsetzung der zweiten Etappe der Pflegeinitiative weiterhin Handlungsbedarf sieht. Die JUKO weist in ihrem Bericht auf die anhaltend hohe Belastung der Strafverfolgungsbehörden hin, insbesondere aufgrund der zunehmenden Komplexität der Verfahren und neuer Deliktsformen im digitalen Raum. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) hat im

Rahmen des Geschäftsberichts schriftlich über ihre Oberaufsichtstätigkeit betreffend die Beteiligungen des Kantons an der Flughafen Zürich AG und der Axpo Holding AG informiert.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

GPK-Präsidentin: Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil), 079 452 13 37

JUKO-Präsident: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 619 66 76

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle soll genehmigt werden

Unumstritten ist der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle für das Jahr 2025. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Bericht zu genehmigen ([KR-Nr. 207/2026](#)).

Dennoch dürfte die Behandlung des Berichts eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, weil sich in der Regel alle Fraktionen aus ihrer Sicht dazu äussern. Mit dem Tätigkeitsbericht kommt die Finanzkontrolle der Berichterstattungspflicht nach. Mit der Berichtsveröffentlichung ist sichergestellt, dass sich bei Bedarf alle an der kantonalen Finanzaufsicht Interessierten über die Finanzkontrolle und ihre Arbeit in Kenntnis setzen können.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2025 der GVZ sollen genehmigt werden

Ebenfalls einstimmig zur Genehmigung beantragt werden von der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) für das Jahr 2025 ([6088](#)). Organisation und Funktionsweise der Brandschutzbehörden im Kanton Zürich bildeten im Frühling 2026 einen aktuellen Fokus der Kommission. Dabei hat sich die AWU nicht nur mit Vertretern der GVZ, sondern auch mit Vertretern des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV) und der Statthalterämter ausgetauscht. Aufgrund der Aktualität erschien es der AWU angebracht, deren Rückmeldungen bereits in der aktuellen Vorlage zum Geschäftsjahr 2025 zu thematisieren.

Kommissionspräsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Kanton soll für künftige Krisen besser gerüstet werden

Sollte der Kantonsrat vor der Mittagspause noch dazu kommen, wird er sich mit einer Vorlage beschäftigen, die eine Reaktion auf die Coronapandemie ist. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt einstimmig, die Kantonsverfassung und verschiedene Gesetze zu ändern, um den Kanton besser auf künftige Krisen vorzubereiten ([KR-Nr. 452/2022](#)). Die Vorlage setzt Erkenntnisse aus der parlamentarischen Aufarbeitung der Pandemie um und schafft einen erweiterten Rechtsrahmen für das staatliche Handeln in ausserordentlichen Lagen. Künftig sollen Notverordnungen und Notmassnahmen nicht nur bei einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, sondern allgemein der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit erlassen werden können. Neu sollen sowohl Notverordnungen als auch Notmassnahmen vom Kantonsrat genehmigt werden. Zudem wird eine Notfinanzordnung eingeführt, wonach Notmassnahmen mit Kosten von mehr als 4 Millionen Franken der Genehmigung des Kantonsrates bedürfen. Schliesslich soll auch die Notorganisation des Kantonsrates gesetzlich verankert werden, damit das Parlament in Krisen handlungsfähig bleibt.

Referentin der GL: Monika Wicki (SP, Zürich), 076 427 52 78

Rechenschaftsberichte der obersten kantonalen Gerichte sollen genehmigt werden

Zum Auftakt der Nachmittagssitzung wird der Kantonsrat über die Rechenschaftsberichte der drei obersten kantonalen Gerichte sowie der ihnen unterstellten Gerichte und Amtsstellen diskutieren. Die Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Genehmigung der Berichte für das Jahr 2025 des Obergerichts ([KR-Nr. 142/2026](#)), des Verwaltungsgerichts ([KR-Nr. 205/2026](#)) und des Sozialversicherungsgerichts ([KR-Nr. 206/2026](#)). Die jährliche Prüfung der Rechenschaftsberichte

gehört zu den Aufgaben der JUKO im Rahmen ihrer Oberaufsichtstätigkeit. Am Obergericht ist die Geschäftslast in den Straf- und Zivilkammern sowie an den Bezirksgerichten erneut gestiegen. Beim Verwaltungsgericht nahmen sowohl die Geschäftseingänge als auch die Zahl der erledigten Verfahren zu. Trotz höherer Erledigungsquote stiegen die Pendenzen weiter an. Am Sozialversicherungsgericht gingen rund 16 Prozent mehr Beschwerden und Klagen ein als im Vorjahr. Obwohl mehr Verfahren erledigt werden konnten, erhöhte sich die Zahl der Pendenzen deutlich.

JUKO-Präsident: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 916 66 76

Praxisänderung bei der Veröffentlichung der Privatadresse

Als erledigt abgeschlossen werden soll auf Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) das Postulat von GLP, SVP, SP, FDP und Mitte betreffend «Wahrung aller politischen Rechte ohne zwingende Veröffentlichung der Privatadresse» ([KR-Nr. 104/2024](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat gebeten zu prüfen, wie politisch engagierte Personen ihre politischen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, ohne zwingend Angaben veröffentlichen zu müssen, die ihre persönliche Sicherheit gefährden und sie Hass, Belästigungen oder Drohungen aussetzen könnten. Der Regierungsrat kommt dem Begehren der Postulanten nach. Ab sofort können Mitglieder von kantonalen Initiativkomitees eine von der Privatadresse abweichende Adresse angeben. Die betroffenen Rechtsgrundlagen will die Regierung in einem zweiten Schritt anpassen, abgestimmt auf die Bundesgesetzgebung, die zurzeit ausgearbeitet wird.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2025 soll zur Kenntnis genommen werden

Der Regierungsrat berichtet dem Kantonsrat alle vier Jahre im Bericht über die Gemeinden und die Wirksamkeit des Finanzausgleichs über die Zielerreichung des Finanzausgleichs, den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat, den aktuellen Bericht, der die Jahre 2020 bis 2023 umfasst, zur Kenntnis zu nehmen ([5991](#)). Der Bericht wurde von der STGK als sehr informativ wahrgenommen.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Neue Plattform zur elektronischen Abwicklung von Zivil- und Strafverfahren

Umstritten war in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) eine Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG). Die KJS hat sich mit 9 zu 5 Stimmen hinter die Vorlage gestellt ([6004](#)). Die Zivil- und das Strafverfahren sollen mit einer neuen Plattform, über welche Verfahrenshandlungen elektronisch vorgenommen werden können, weitgehend digitalisiert werden. Dazu wurde das Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) erlassen, welches voraussichtlich per 1. Januar 2027 in Kraft tritt. Da die Gerichtsorganisation in der Zuständigkeit der Kantone liegt, sind Anpassungen des kantonalen Rechts notwendig. Diese betreffen die Zustellung und Aufbewahrung von Akten sowie die Unterzeichnung von Urteilen. Die Kommissionsminderheit (SVP) begrüsst die Möglichkeit der elektronischen Kommunikation mit den Gerichten, will aber berufsmässige Parteivertreter nicht dazu zwingen und stellt deshalb einen Antrag auf Nichteintreten.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Minderheit: Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf), 044 820 20 85

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolger von Susanna Lisibach wird der 60-jährige Geschäftsführer Thomas Wolf (SVP, Winterthur) sein Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 123/2026). Anschliessend werden zuerst in geheimer Wahl ein neues

Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2025–2031 ([KR-Nr. 31/2026](#)) und ein neuer Abteilungspräsident am Baurekursgericht für den Rest der Amtsdauer 2023–2029 ([KR-Nr. 400/2025](#)) gewählt. Danach stehen noch die Wahlen zweier Kommissionsmitglieder in offener Wahl an. Viviane Kägi (GLP, Turbenthal) ersetzt Benno Scherrer in der JUKO ([KR-Nr. 230/2026](#)) und Thomas Wolf wird den Sitz von Susanna Lisibach in der KSSG erben (KR-Nr. 241/2026). Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Hinweis:

Mit dem Ende der Nachmittagssitzung verabschiedet sich der Kantonsrat in die Sommerpause. Die nächste Kantonsratssitzung findet am 17. August 2026 statt.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12